



# Nachlese Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Paul Stoop

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

## Vorlese

Das Schwerpunktthema des Juni-Hefts der *WZB-Mitteilungen* sind aktuelle Entwicklungen internationaler Organisationen. Unter anderem werden internationale Gerichte, Umweltorganisationen, globale Regime und Staatengemeinschaften analysiert.

## Blogs

Auch am WZB haben manche Forschergruppen und einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den letzten Jahren zu bloggen begonnen. Der Blog der 2014 beendeten Abteilung Kulturelle Quellen von Neuheit wird nun von **Ariane Berthoin Antal** weitergeführt; sie arbeitet nun in der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik ([culturalsourcesofnewness.net](http://culturalsourcesofnewness.net)). **Ilyas Saliba** betreibt einen persönlichen, die **Abteilung Demokratie und Demokratisierung** einen gemeinschaftlichen Blog. Seit neuestem bietet der Blog des **WZB Rule of Law Center** deutsche und englische Beiträge über Recht und Staat an. Gleichzeitig tragen Einzelne zu anderen Blogs bei. An dem vom Arbeitskreis junger Völkerrechtswissenschaftler\*innen betriebenen Blog [voelkerrechtsblog.com](http://voelkerrechtsblog.com) haben sich aus dem WZB schon Tine Hanrieder und Christian Kreuder-Sonnen beteiligt.

Nun erläutert dort Matthias Kötter, was es mit der „Rule of Law-Reformen der zweiten Generation“ auf sich hat (16. Februar 2015), wie die Juristin Rachel Kleinfeld diese Entwicklung nennt. Statt primär auf die Einführung eines rechtsstaatlichen Gesamtsystems zu setzen, wie in Afghanistan oder Irak, fördern internationale Organisationen ein schrittweises Einüben rechtsstaatlicher Standards von unten. Ein Beispiel sei das *Justice for the Poor*-Programm der Weltbank. Gerade den marginalisierten Gruppen der Bevölkerung soll es ermöglicht werden, ihre Rechte besser wahrzunehmen. Dabei werden lokale, oft informelle Mechanismen der Rechtsdurchsetzung genutzt, die dann aber möglichst in die übergeordneten staatlichen

Rechts- und Gerichtsstrukturen eingebettet werden. „Nach knapp 20 Jahren zeigen sich nun immer öfter Veränderungen im Sinne der Rule of Law“, resümiert Kötter die Auswirkungen dieser Entwicklung, „wenn etwa die traditionellen Autoritäten entgegen der Tradition die Entscheidungen ihrer Gerichte verschriftlichen und archivieren oder Rechtsvertreter zum Verfahren zulassen. Die Diffusion von Rule of Law-Prinzipien in das nicht-staatliche Rechtssystem ist ein langwieriger Prozess, allerdings mit nachhaltiger Wirkung.“

## Mitlese

Die vom WZB mit herausgegebene sozialwissenschaftliche Zeitschrift *Leviathan* enthält in ihrer März-Ausgabe unter anderem Essays über die Lage der Europäischen Union. Fritz W. Scharpf („Das Dilemma der supranationalen Demokratie in Europa“) und Martin Höpner („Der integrationistische Fehlschluss“) plädieren für eine nüchterne Diagnose des Problems einer supranationalen Demokratie und warnen vor falschen Schlussfolgerungen aus der Krise. **Miriam Hartlapp** und **Yann Lorenz** betrachten die Europäische Kommission auf der breiten empirischen Grundlage eines mehrjährigen Forschungsprojekts am WZB unter der Leitfrage der Positionsbestimmung. Die Kommission, formal immer noch ein neutraler bürokratischer Akteur, ist den Autoren zufolge zunehmend politischer und einseitiger geworden („Die Europäische Kommission – ein (partei)politischer Akteur?“).

## Europa

Sind die heftigen Debatten um die Zukunft Europas eine Frage von Links und Rechts? Keineswegs, sagt WZB-Direktor **Michael Zürn**. Jenseits dieser überkommenen politischen Teilung in politische Lager ergebe sich allmählich eine grundlegende Auseinanderentwicklung zwischen strikt pro- und entschiedenen antieuropäischen Parteien. Kern des Problem sei der Mangel an Legitimität der europäischen politischen Institutionen: „Die EU besitzt ein Maß an politischer Autorität, die nicht mehr demokratisch legitimiert werden kann. Deshalb kann eine Opposition gar keine andere Politik fordern, sondern sich nur pauschal gegen Europa äußern“, sagte er *Zeit-online*. Ganz dringend bedürfte es daher einer Debatte über die Institutionen der EU. (28. Januar 2015).

## Pegida I: Das Dresder Feld

Grundlagenforschung, wie sie am WZB betrieben wird, braucht einen langen Atem. Projekte sind manchmal auf viele Jahre ausgelegt. Manifesto, ein großes international vergleichendes Programm zur Analyse von Wahlprogrammen in über 50 Ländern läuft, schon mehr als zwei Jahrzehnte, und das Nationale Bildungspanel, an dem das WZB beteiligt ist, könnte sich als ähnlich wichtig für die Gesellschaftsanalyse erweisen wie das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), das am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung beheimatet ist.

Aber es gibt Momente, die zu schnellem Handeln einladen, Chancen eines Moments, den Forscher nicht ungenutzt verstreichen lassen möchten. So war es zum Jahresbeginn 2015. Bewegungs- und Protestforscher **Dieter Rucht**, der am WZB zuletzt die Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa mit geleitet hat und heute Vorsitzender des Vereins für Protest- und Bewegungsforschung ist, wollte die seit Wochen demonstrierenden Dresdner PEGIDA-Anhänger unter die Lupe nehmen. Wer sind die Demonstranten, welche Einstellungen dominieren unter ihnen, wie verhalten sie sich gegenüber der Außenwelt, wie untereinander? Zusammen mit Forschern und Forscherinnen der Technischen Universität Chemnitz, der Ruhr-Universität Bochum und der Goethe-Universität Frankfurt am Main reagierte er rasch. Die Gruppe sicherte die Finanzierung ihres Projekts, entwickelte die Forschungsfragen, einen Online-Fragebogen für die anzusprechenden Demonstranten und bereitete mehrere Dutzend junger Wissenschaftler und Hilfskräfte auf den Einsatz am 12. Januar vor. Die Feldforscher versuchten bei der Demonstration an jenem Montag, möglichst viele der 3.500 Handzettel zu verteilen, die zur Teilnahme an einer anonymisierten Online-Befragung einluden. Die Gruppe sprach Demonstranten an, beobachtete die Interaktion untereinander und mit den Ordnern. Nur 123 Teilnehmer beteiligten sich in den Tagen nach der Demonstration an der Befragung – ungewöhnlich wenige, verglichen mit dem Rücklauf bei anderen Demonstrationsbefragungen.

## Pegida II: Pressekonferenz

Eine Woche nach diesem Beobachtungs- und Dokumentations-tag, am 19. Januar 2015, stellte die Forschergruppe erste Ergebnisse in einer Pressekonferenz vor. Der größte Saal des WZB war überfüllt, rund 70 Journalisten interessierten sich für das brisante Thema, darunter viele Vertreter internationaler Medien. Es war eine ungewöhnliche Pressekonferenz, denn ein Hauptthema der Forscher, noch mehr aber der Journalisten, war methodischer Art. Wenige Tage zuvor waren nämlich Ergebnisse einer PEGIDA-Befragung der TU Dresden bekannt geworden, die innerhalb der Wissenschaft sofort auf erhebliche Kritik gestoßen war. Die Methoden seien nicht transparent dargestellt, vor allem aber suggerierten die Forscher, die Daten ließen Rückschlüsse auf den „typischen“ Pegida-Anhänger zu. Die Medien übernahmen die Aussagen der Dresdener Forscher zunächst unkritisch. So schaffte es der typische Pegida-Anhänger in die Schlagzeilen. Dem setzten die Forscher um Dieter Rucht ihre Annäherung an die Pegida-Anhängerschaft entgegen. Sie betonten die Grenzen der Aussagekraft ihrer Befragung. Natürlich seien die Aussagen nicht repräsentativ, ermöglichten aber wichtige Einblicke in die Gedankenwelt der PEGIDA-Anhänger – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Differenzierung kam

an. Natürlich gab es Redaktionen, die die Botschaft verkürzten und die Behutsamkeit der Forschergruppe nicht aufnahmen – gerade jene, die bei der Pressekonferenz nicht vertreten waren. Diese sprachen weiterhin vom Profil des typischen Demonstranten: Mittelklasse, gut ausgebildet (zum Beispiel *El País*, 21. Januar 2015). Viele Medien nahmen für die Schlagzeile aber auch Dieter Ruchts Aussage, PEGIDA habe seinen Zenit überschritten (*The Economist*, 22. Januar 2015) – eine Prognose, die weniger auf der punktuellen Analyse dieses einen Montags beruhte als auf den Erkenntnissen aus seiner jahrzehntelangen Erforschung von Protestbewegungen.

## Pegida III: Methoden

Die fragwürdigen Aspekte der Dresdner TU-Untersuchung und die sehr ausführlichen Angaben zu den Beobachtungs- und Analysemethoden, die das Team um Dieter Rucht öffentlich zugänglich machten, hatten ihr Gutes: Auch in manchen Medien wurde über die diese praktischen Dinge des Forscheralltags berichtet. Ein Detail der Rucht-Gruppenarbeit fand dabei Beachtung, das auf den ersten Blick nicht so aufsehenerregend scheinen mochte: das möglichst genaue Zählen der Demonstranten und Kundgebungsteilnehmer. Mehrere Teams zählten unabhängig voneinander und trugen die Zahlen zusammen, um schließlich nach Abwägung verschiedener Faktoren – darunter die Erfahrung der jeweiligen Zählgruppe – zu einer konsolidierten Aussage zu kommen. Keine Überraschung war das Ergebnis: Die Zahl (17.000) lag erheblich unter der von den Veranstaltern bekanntgegebenen Zahl (40.000), aber auch noch signifikant unter der von der Polizei veröffentlichten Zahl (25.000). Die *Deutsche Welle* recherchierte bei der Polizei und bekam heraus, dass diese gar nicht zählt, sondern schätzt, und zwar keineswegs nach einer standardisierten Methode. Dieter Rucht forderte in der Sendung, die Polizei solle keine „Quasi-Fakten“ in die Welt setzen, die „zuweilen keine realistische Grundlage haben“. Was dann im Interview die Antwort der Polizeidirektion durch ihren Sprecher aufnahm: „Wir haben gesagt: Schluss! Aus! Sense! Wir geben überhaupt keine Zahlen mehr heraus.“ (*Deutsche Welle*, 2. Februar 2015).

## Fundamentalismus

Über die international vergleichende Studie von WZB-Direktor Ruud Koopmans über fundamentalistische Einstellungen unter Christen und Muslimen in Europa wird auch 15 Monate nach Erscheinen diskutiert (s. den Artikel in den WZB-Mitteilungen 142, Dezember 2013, und das Interview mit Koopmans in den WZB-Mitteilungen 143, März 2014). Die Informationen zur Studie auf der Website des WZB werden so häufig abgerufen wie keine andere WZB-Pressemitteilung im letzten Jahrzehnt. Direkt nach den jüngsten Anschlägen von Kopenhagen und Paris waren es jeweils hunderte Aufrufe pro Tag. Aktuelle Anlässe dieser Art führen immer zu Interviewanfragen an den Forscher, in Belgien etwa die Nachrichten über die im europäischen Vergleich große Zahl einheimischer Syriengänger. Unterdessen nehmen auch Parteien Bezug auf Koopmans' Studie, wie die Berliner SPD bei ihrer Leipziger Klausur Ende Januar. Der Berliner Fraktionschef Raed Saleh bezog sich auf die Studie, als er nach der Klausur forderte: „Es gibt eine Grundspannung mit dem säkularen Staat“. Deshalb müsse es einen Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden geben: „Ein Teil davon wird das Bekenntnis zum Grundgesetz sein.“ (*tageszeitung*, 26. Januar 2015).